



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

41. Sitzung (öffentlich)

16. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Olaf Lehne (CDU)

Protokoll: Eva M. Kiwitt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 3**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700
Drucksache 17/15600 (Ergänzung)
Ausschussprotokoll 17/1567
– abschließende Beratung und Abstimmung (Personaletat 2022)
– Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss

- 2 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostengesetzes sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz 4**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

Stellungnahme 17/4144
Stellungnahme 17/4410
Stellungnahme 17/4411
Stellungnahme 17/4412
Stellungnahme 17/4462
Stellungnahme 17/4463

Drucksache 17/15616
Vorlage 17/6015

– Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss

- 3 Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen und den Schutz von Verschlussachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen – SüG NRW –) 5**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15476
- 4 Fragen zum Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen 6**
- Vorlage 17/5493 Neudruck
Vorlage 17/5990
- 5 Verschiedenes 7**

2 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostengesetzes sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

Stellungnahme 17/4144
Stellungnahme 17/4410
Stellungnahme 17/4411
Stellungnahme 17/4412
Stellungnahme 17/4462
Stellungnahme 17/4463

Drucksache 17/15616
Vorlage 17/6015

– Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss

Vor den beiden Abstimmungen hat die Fraktion der SPD angekündigt, dass sie für den Gesetzentwurf der Landesregierung stimmen wolle. Sie werde aber zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einen Änderungsantrag einreichen.

Zunächst wird über den Änderungsantrag der AfD, Drucksache 17/15616 abgestimmt. Dieser wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP in Abwesenheit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

In der zweiten Abstimmung wird über den unveränderten Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/14306 abgestimmt. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP in Abwesenheit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der AfD empfiehlt der Unterausschuss Personal dem Haushalts- und Finanzausschuss, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

